Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat über die Bewilligung von Nachtragskreditbegehren für das Jahr 2002, II. Serie

(vom 21. August 2002)

Gestützt auf § 29 des Finanzhaushaltsgesetzes und § 63 Abs. 2 der Verordnung über die Finanzverwaltung vom 10. März 1982 legt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Verzeichnis der für das Jahr 2002 erforderlichen Nachtragskredite II. Serie vor und ersucht ihn um Bewilligung der nachfolgenden Mehrausgaben.

22 Direktion der Justiz und des Innern

2204 Strafverfolgung Erwachsene (Globalbudget)

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 59'116'300 Nachtragskredit Fr. 800'000

Vereinbarung mit dem Polizeidepartement der Stadt Zürich betreffend Entschädigung für Lohnkosten von zehn polizeilichen Protokollführern analog derjenigen mit der Kantonspolizei Zürich.

1

2

2224 Staatsarchiv (Globalbudget)

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 4'015'100 Nachtragskredit Fr. 120'000

Das Teilprojekt Beständeerhaltung im Staatsarchiv gehört zum Kernbereich "Konservierung und Restaurierung". Im Nachgang zu

den Erkenntnissen aus dem wif!-Projekt hat sich die Notwendigkeit einer externen, fachmännischen Expertise durch das Zentrum für Bucherhaltung in Leipzig aufgedrängt. Es ist das Ziel, Abklärungen über den Zustand (auch Schadenerfassung) unserer Archivbestände zu erhalten, Vorschläge für eine künftige Ausrichtung der Restaurierung und Konservierung zu erhalten mit Angaben über notwendige Mittel und Dringlichkeit sowie wirtschaftliche Aspekte zu erörtern (Fr. 20'000).

Für die Schutz-Mikroverfilmung von rund 1'800 L-Plänen (Restmenge von rund 10'000 Plänen zu den Themen Wasserbau, Flusskorrekturen, Wasserrechte usw. im Kanton Zürich). Durch Entzug dieser unersetzlichen Originale aus dem "Kundendienst" kann der physische Erhalt über Jahrhunderte gewährleistet werden. Unsere Kunden, die Lesesaal-Benützer und Benützerinnen, werden ausschliesslich mit den Mikrofilmen arbeiten können (Fr. 70'000).

Bauprojekt Staatsarchiv/Anpassung und Erweiterung: Mit der Anmiete von zusätzlichen Archivräumlichkeiten besteht ein unmittelbarer Bedarf, Occasions-Archivgestelle für einen Raum von 600 m² anzuschaffen. Die geplante Anpassung und Erweiterung des Bauprojektes erfährt gegenüber den ursprünglichen Plänen eine substantielle Verzögerung von rund drei Jahren. Grund: Ein Architektenwechsel, der einen grossen Know-how-Verlust nach sich zieht, wirkt sich in einer grösseren zeitlichen Verschiebung des Baubeginns aus. Die Archivspeicher des Erweiterungsbaus können zudem erst nach einer Austrocknungsphase von mindestens sechs Monaten bezogen werden (Fr. 30'000).

2231 Datenschutzbeauftragter (Globalbudget)

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 1'642'900 Nachtragskredit Fr. 2'977'000 Umsetzung des wif!-Projektes SOPRANO. Einführung einheitlichen Informatik-Sicherheitsinfrastruktur auf der Basis einer Public Key Infrastructure (PKI). Mit der PKI wird die Einführung einer Informatik-Sicherheitsinfrastruktur bezüglich Vertraulichkeit, Authentizität. Integrität und Nicht-Abstreitbarkeit für alle Anwendungen innerhalb der Verwaltung (Kanton und Gemeinden) und insbesondere auch für die E-Government-Applikationen ermöglicht. Damit wird ein einheitlicher Sicherheitsstandard gewährleistet, auf dem die einzelnen Anwendungen der Verwaltung modular aufbauen können, und der kompatibel ist zu externen Stellen (Bund, Kantone, Private). Der Bundesrat hat am 3. Juli 2002 ebenfalls vielfältigen Vorteile einer PKI anerkannt (rechtsverbindlicher elektronischer Verkehr, sichere Zutrittskontrollen komfortable und Online-Bezahlung, Anmelduna bei usw.) und beschlossen, für die Computersystemen Bundesverwaltung eine PKI aufzubauen und bis Ende 2003 ein Konzept sowie einen Gesetzesentwurf für eine digitale Identitätskarte für die Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Damit wird auch die Strategie des Kantons Zürich zur Einführung einer PKI unterstützt und die Einführung von E-Government-Anwendungen, mit denen Interaktionen mit den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, gefördert. Mit Entscheid vom 23. März 2000 beschloss die KOSIF, dass eine Public Key Infrastructure Norm für die zukünftige Strategie für eine sichere Informatik-Infrastruktur in der kantonalen Verwaltung werden soll. Mit RRB Nr. 1170/2000 wurde das Projekt SOPRANO im Rahmen der 12. Serie in die Projekte der Verwaltungsreform aufgenommen (wif!-Projekt 68/2200). Mit RRB 1037/2001 wurde die Durchführung von Pilotprojekten genehmigt, und mit RRB Nr. 807/2002 wurde eine Pilotphase zur Einführung einer definitiven PKI bewilligt. Am 15. März 2002 erfolgte eine Ausschreibung im offenen Verfahren nach GATT/WTO für die Lieferung, den Aufbau und den Betrieb einer PKI. Die Offertöffnung fand am 29. April 2002 statt. Der Evaluationsentscheid des Projektteams wurde am 2. Juli 2002 vom wif!-Ausschuss genehmigt

5

6

mit dem Auftrag zur Antragsstellung an den Regierungsrat für den Vergabeentscheid. Die Vergebung ist am 21. August 2002 erfolgt.

2272 Römisch-Katholische Körperschaft

3640 Betriebsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen Voranschlag Fr. 2'732'500 Nachtragskredit Fr. 131'000 Erhöhung der Beiträge (Grundentschädigung Mitglieder und Präsident Zentralkommission) nach § 8 Abs. 1 der Verordnung über die Entschädigung der Behörden der Römisch-Katholischen Körperschaft. Anpassung an Beiträge für Behördenmitglieder des

23 Direktion für Soziales und Sicherheit

Evangelisch-Reformierten Kirchenrates.

2330 Kantonales Sozialamt (Globalbudget)

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 735'076'800 Nachtragskredit Fr. 13'686'000 Laut definitiver Abrechnung der Zentralen Ausgleichsstelle des Bundes vom 15. März 2002 für das Rechnungsjahr 2001 und den Voranschlag 2002 der Zentralen Ausgleichsstelle fehlen für die Anteile des Kantons an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen sowie an Sozialversicherungen AHV/IV rund 13.7 Mio. Franken.

27 Gesundheitsdirektion

2700 Generalsekretariat

Investitionsbeiträge an Gemeinden

Voranschlag Fr. 44'500'000 Nachtragskredit Fr. 9'900'000 Der Planungs- und Baufortschritt bei den Grossprojekten der staatsbeitragsberechtigten Akutspitäler, insbesondere Triemli, Waid, Bülach, Horgen, Uster und Wetzikon bedingt weitere Akontozahlungen. Die Mehrausgaben in diesem Bereich können jedoch durch Minderausgaben bei den kantonalen Krankenhäusern Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur und Integrierte Psychiatrie Winterthur (Projektverzögerungen) und bei einer staatsbeitragsberechtigten psychiatrischen Klinik (Verzögerungen

8

9

bei der Gesamtsanierung der Klinik Hohenegg) vollumfänglich kompensiert werden.

2710 Kantonsapotheke

5037 Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des

Verwaltungsvemögens

Voranschlag Fr. 3'100'000 Nachtragskredit Fr. 1'000'000

Mit RRB Nr. 1213/2000 hat der Regierungsrat einen Kredit von Fr. 7'650'000 für die Sanierung der Zweigstelle Kantonsapotheke in Winterthur bewilligt. Aufgrund des raschen Baufortschritts kommt dieses Jahr ein höherer Betrag zur Zahlung als veranschlagt. Die Mehrausgaben in diesem Jahr entlasten die Investitionsrechnung im Voranschlag 2003. Eine Nichtgenehmigung des hätte künstliche Antrages eine Verlangsamung Baufortschritts zur Folge.

29 Bildungsdirektion

2900 Generalsekretariat

3162 Informatik-Nutzungsaufwand

Voranschlag Fr. 800'000

Mit RRB Nr. 586/2002 wurde die Bildungsdirektion verpflichtet, für die Nichtbenutzung der Lotus Notes Infrastruktur pro Jahr den Pauschalbetrag von Fr. 180'000 Franken zu bezahlen. Diese Mehrausgabe konnte erst im Voranschlag 2003 berücksichtigt werden. Für Vergütungen an die Abraxas wurden im Voranschlag 2002 Fr. 750'000 eingestellt. Ende Juni 2002 werden davon rund Fr. 400'000 aufgebraucht sein. Angesichts der steigenden Kosten von Abraxas ist es nicht möglich, die Nichtbenutzungspauschale aus den

Nachtragskredit Fr. 180'000

2920 Volksschulen

3620.700 Betriebsbeiträge an Gemeinden für Sonderschulung und -erziehung und den schulpsychologischen Dienst

veranschlagten Mitteln zu bezahlen.

Voranschlag Fr. 28'370'000 Nachtragskredit Fr. 820'000 Die Mehrkosten sind bedingt durch die Neuregelung der Schulung der Kinder von Asylsuchenden gemäss RRB Nr. 971/2002. Gemessen am Vergleichswert des Jahres 2001 (Fr. 3'243'000) sieht der Voranschlag 2002 stark rückläufige Ausgaben für die Schulung

der Kinder von Asylsuchenden vor (insbesondere als Folge der Normalisierung der Lage im Kosovo). Mit Fr. 1'840'000 liegen die Ausgaben 2002 deutlich tiefer, der Rückgang ist aber weniger ausgeprägt als veranschlagt. Der Voranschlag 2002 musste auf Grund der restriktiven Vorgaben nachträglich noch gekürzt werden.

8 **Baudirektion**

8100 Hochbau (Globalbudget)

Ausgaben Investitionsrechnung

Voranschlag Fr. 11'747'000

Nachtragskredit Fr. 500'000

10

Nachtragskredit I. Serie Fr. 550'000

Ausgelöst durch den Anschlag im Zuger Kantonsrat im Herbst 2001 wurde die Baudirektion beauftragt, ein seit längerer Zeit konzipiertes Sicherheitskonzept in der engeren Zentralverwaltung detailliert zu planen. Für die 2002 anfallenden Aktivitäten (Planung, Projektierung und Beginn der Realisierung) wird ein Nachtragskredit beantragt. Die Gesamtkosten für das Vorhaben belaufen sich auf rund 2.9 Mio. Franken.

Zusammenstellung der Nachtragskreditbegehren II. Serie für das Jahr 2002

		Nr.	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.
22	Direktion der Justiz				
	und des Innern	1 - 4	4'028'000		4'028'000
23	Direktion für Soziales				
	und Sicherheit	5	13'686'000		13'686'000
27	Gesundheitsdirektion	6 - 7		10'900'000	10'900'000
29	Bildungsdirektion	8 - 9	1'000'000		1'000'000
8	Baudirektion	10		500'000	500'000
			18'714'000	11'400'000	30'114'000

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Der Staatsschreiber:

Buschor Husi